

11./XII. 1918

Die geplanten Massenentlassungen von Staatsbeamten.

Das Schicksal der jüngeren Beamten.

Wir erhielten folgendes Schreiben: Sie hatten heute die Liebesswürdigkeit, eine Zuschrift aus Richterkreisen zur Entlassungsfrage zu veröffentlichen. Wollen Sie gütigst auch eine Aeußerung junger Beamten zur allgemeinen Kenntnis bringen. Gerade den jungen Beamten ist der Staat am meisten verpflichtet. Denn in Oesterreich herrscht immer noch das Prinzip, den jungen Staatsbeamten während mindestens der ersten drei Jahre seiner Dienstzeit keinen Gehalt zu bezahlen, sondern nur Adjuten von 60 bis 100 K. monatlich nebst geringfügigen Teuerungszulagen. Während dieser Zeit, in der sich der junge Beamte aus seinen eigenen Mitteln erhalten muß — bei den meisten Angehörigen dieser Kreise waren diese Mittel ohnehin nur spärliche und sind in den Zeiten der Teuerung aufgebraucht worden —, ist der einzige Lohn die Aussicht auf die gesicherte Lebensstellung. Vom Gesichtsbunkte der Moral wäre daher ein Bruch des Treuverhältnisses des Staates gegenüber den jungen Beamten gerade am bittersten, da sie um den einzigen Lohn jahrelanger Mühe betrogen würden.

Eine Massenentlassung von Beamten würde ferner natürlich in ihren Wirkungen auf die Löhne und Gehalte der breiten Schichten von Privatangestellten übergreifen. Es drängt sich daher jedem die Frage auf: Ist es das einzige Mittel, das unsere Regierung zur Bekämpfung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit weiß, neue Massen von Arbeitslosen zu schaffen, die den in Not Befindlichen die Erlangung einer Stellung erschweren und den Arbeitslohn drücken? Es wird daher die Bitte an die Regierung in weiten Kreisen Widerhall finden, Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, Arbeitslosen die Erlangung einer Existenz zu erleichtern und nicht Existenzen zu vernichten.